

Laibacher Zeitung.

Nr. 45.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus ganzj. 50 kr., halbj. fl. 7.50.

Montag, 24. Februar

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 50 fr., 3mal 40 fr., sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr., u. f. w. Infectionsstempel jedesm. 30 fr.

1868.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät geruhen mit Allerhöchster Entschliessung vom 18. Februar d. J. Se. königliche Hoheit den Prinzen Ludwig von Baiern zum Oberst-Inhaber des Infanterieregiments Nr. 62 allergnädigst zu ernennen.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 23. Februar.

Die Antwort, welche Se. Excellenz der Reichskanzler auf die Interpellation Schindler's bezüglich der hannoverschen Affaire ertheilte, wird sicherlich allen weiteren Machinationen, den Vorfällen als Handhabe gegen Oesterreich zu benützen, die Spitze abbrechen. Der Reichskanzler hat aufrichtig die Absicht ausgedrückt, Frieden mit Preußen zu halten und keine Umtriebe von Seite der hannoverschen Emigranten zu dulden, mehr kann auch durch eine fortgesetzte diplomatische Correspondenz nicht erreicht werden. Die Frage, ob bereits aus Anlaß der hannoverschen Affaire eine Note aus Berlin nach Wien abgesendet wurde, kann uns daher nicht mehr sonderlich interessieren. In den hannoverschen Manifestationen eine Gefahr für Preußen zu sehen, wäre einfach lächerlich. Ebenso wenig kann man eine Störung des europäischen Friedens durch ein Zerwürfniß zwischen Oesterreich und Preußen befürchten, man müßte denn mit jener Phantastie begabt sein, welche den Erfinder nachstehender Anekdote erfüllte:

Im französischen Kriegsministerium ist eine detailirte Karte des ganzen Deutschlands, auf welcher kein Dörflein, kein Wäasserlein, kein Maulwurfshügel fehlt, nicht nur angefertigt, sondern in sechzig Stücke zertheilt worden, deren jedes sich in eine Brieftasche stecken läßt, und diese Stücke werden in großem Maße photographisch vervielfältigt, um an die Officiere vertheilt zu werden.

Die Wiener Blätter sind übrigens von der Haltung des Reichskanzlers in dieser Frage vollkommen befriedigt, und die „Presse“ gibt dieser Anschauung in nachstehenden Zeilen einen prägnanten Ausdruck:

Wenn in Preußen wirklich ernstliche Besorgnisse gehegt werden, so müßten dieselben durch die Verhandlung in unserer Delegation zerstreut werden. Schon die Interpellation Schindler's verrieth, daß unsere Volksvertretung von der friedlichsten Gesinnung getragen wird. Herr v. Beust wünscht dringend, alle Besorgnisse zu zerstreuen, und will, wie schon bemerkt, nicht dulden, daß die Preußen gegenüber inaugurierte Politik des Friedens und der Versöhnung durch unerlaubte Agitation Schaden leide; er betont die Verpflichtung der Regierung, für die friedlichen Interessen des Staates und Volkes zu sorgen, und geht darin so weit, als es die Würde des Staates gestattet. Ob man sich daran in Berlin noch nicht genügen lassen wird? Wir wissen es nicht. Nach dem erwähnten Artikel der „Prov.-Corr.“, welcher zugleich submissiv und leidenschaftlich genug ist, wohl den Franzosen, nicht aber den Oesterreichern friedliche Gesinnungen gegen Preußen zuzumuthen, in der Pasangelegenheit eine Verletzung des Völkerrechtes wittert, und das dem König Georg in Wien gewährte Gastrecht für einen Act der Feindseligkeit gegen Preußen hält, ist freilich darauf nicht zu schließen. Wir begreifen übrigens die Reizbarkeit Preußens. Diese Macht war einmal in schwacher Stunde großmüthig und hat nun das Gelüste, die dem König Georg gewährte Dotation zu sequestriren. Europa wird jedoch die friedlichen Intentionen unseres Cabinets zu würdigen wissen, und deswegen wird auch der in Berlin erhobene Lärm bald verrauschen. Wir aber werden aus allem dem die Lehre gezogen haben, daß in Berlin leider noch nicht jene Disposition herrscht, welche zur Anknüpfung intimer Beziehungen zwischen Oesterreich und Preußen nöthig wäre.

5. Sitzung der Delegation des Reichsrathes am 20. Februar.

Die Sitzung wird erst um $\frac{3}{4}$ 12 Uhr eröffnet, nachdem Se. Excellenz Freiherr v. Beust in den Saal getreten.

Nebst dem Reichskanzler ist auch der Finanzminister Freiherr v. Becke anwesend. Schindler überreicht dem Präsidenten ein Schriftstück, welches eine Interpellation bezüglich der hannoverschen Affaire enthält.

Nach der Eröffnung der Sitzung wird die Interpellation Schindler's verlesen. Dieselbe lautet: Die Delegation war bei ihrer Auffassung der auswärtigen Politik von dem Gedanken geleitet, daß eine Politik des Friedens vorgezeichnet sei, und ihr nichts wünschenswerther sei, als diese Politik, wie es bisher in anerkennenswerther Weise geschehen, ohne Störung aufrecht zu halten.

Es wäre daher eine Aufklärung über Vorkommnisse erwünscht, welche geeignet wären, das gute Einvernehmen nach Außen zu stören, so namentlich über die Ertheilung von Pässen an Hannoveraner. Es wird deshalb an den Reichskanzler die Frage gerichtet, welche beruhigende Aufklärungen er darüber geben könne.

Se. Excellenz Freiherr v. Beust ergreift unter tiefer Stille das Wort und beantwortet in halbständiger Rede die Interpellation, deren Hauptpunkte wir hier mittheilen: Die Beruhigung sei der Regierung nicht entgangen, und sie begreife dieselbe auch, es sei ihr daran gelegen, derselben ein Ziel zu setzen.

Der Hauptgrund der Beruhigung liege in der Pasangelegenheit, welche von den Blättern in nicht erfreulicher Weise discutirt wurde. Ein anderes der Zeit nach näher liegendes Ereigniß werde er hier kürzer besprechen.

In Folge der auch von der Stadt Wien acceptirten Gastfreundschaft lag kein Grund vor, ein Familienfest zu feiern, umso mehr, als auch von Außen her keine Veranlassung hierzu erging, obwohl die projectirte Feier seit langem bekannt war, und die Zuzüger aus Hannover selbst im norddeutschen Bundesgebiete auf Extrazügen befördert wurden.

Uebrigens ist von der Regierung alles geschehen, um die gebotenen Schranken respectirt zu sehen. Bezüglich der Pasangelegenheit gibt der Reichskanzler die allerbündigste Erklärung, daß das bekannte Communiqué der „Wr. Abdpst.“ die volle und ganze Wahrheit enthalte.

Es folgt nun eine ausführliche actenmäßige Darstellung der Pasaffaire. Es wurden anfangs interimistische Pässe an Hannoveraner mit bestimmtem Zweck und auf kurze Zeit mit Zustimmung des Polizeiministeriums ertheilt, was jedoch von keiner besonderen Bedeutung ist, da solches von beinahe allen Staaten in ähnlichem Falle z. B. gegenüber den Polen geschieht.

Dem Ministerium wurden von der Polizeidirection Verzeichnisse der von Zeit zu Zeit erfolgten Pässe mitgetheilt.

Die letzte Anzeige erfolgte am 18. Jänner, damals wurden 52 Pässe verabsolgt. Diese große Zahl erregte die Aufmerksamkeit, zugleich kamen aber auch die Beschwerden über die Ansammlungen der Hannoveraner in der Schweiz.

Es erging sofort die Weisung, die Ertheilung von Pässen einzustellen. Die eingeleitete Erhebung ergab aber zur Ueberraschung der Regierung, daß die Ertheilung der Pässe nicht über persönliche Anmeldung der Paßwerber erfolgte, sondern nach Uebergabe eines Personen-Verzeichnisses Seitens eines hannoverschen Finanzbeamten.

Die Pässe wurden nicht in bianco ausgestellt, nicht direct in die Schweiz versendet. Nach der letzten Anzeige ans Ministerium wurden, wie sich ergab, noch 250 Pässe ertheilt. Die Regierung hätte, auch wenn nun keine Beschwerde erfolgt wäre, doch die ernsteste Rüge ertheilt, wie dies geschah. Daß man sich darauf beschränkte, geschah, weil es sich um einen sehr ausgezeichneten, wegen seiner treuen Dienste hervorragenden Beamten handelte, der im vollen guten Glauben handelte, und eine gewisse Autorität vor sich zu haben wenigstens glaubte.

Das Ministerium weist die Verdächtigungen, die alsbald erhoben wurden, entschieden zurück. Diese Verdächtigungen, welche der Reichskanzler auf's Tiefste bedauert, habe er mit Kopfschütteln gelesen, ob dieselben denn auch nur einige Wahrscheinlichkeit für sich haben, ob man ihm nicht eine Dosis Verstand zutraue, daß er, wenn er in der That damit umginge, im Gegentheile zu allem, was seit Jahr und Tag geschehen, eine Coalition gegen Preußen zu bilden, daß er ein Häuflein Legionäre nach der Schweiz schaffen würde, was ja sofort Reclamationen und Verwicklungen schaffen müßte. (Beifall.) Dies werde hoffentlich zu Ohren Derjenigen kommen, die so etwas glauben, oder vielmehr glauben machen.

Diese Verdächtigungen sind aber um so bedauerlicher, als Oesterreich bemüht ist, das gute Einvernehmen mit Preußen herzustellen und zu erhalten, und alles auf das Sorgfältigste vermeiden will, was diese Bestrebungen im Mindesten stören könnte.

Selbst in Fällen, wo man berechtigt gewesen wäre, selbst Klage oder Beschwerde zu erheben, hat man dies unterlassen und sich Zurückhaltung und Mäßigung auferlegt.

Es wäre traurig, wenn ein Zwischenfall geeignet sein sollte, alles über den Haufen zu werfen, was die Regierung mit so vieler Mühe und Sorgfalt aufzubauen versucht.

Die Erregung werde aber hoffentlich nur eine vorübergehende sein, umso mehr, als die österreichische Regierung nicht vergessen habe oder werde, welche Grenzen der Gastfreundschaft zu setzen seien.

Bereits vor einem Jahre, als aufreizende Proclamationen in Hannover verbreitet wurden, hat die österreichische Regierung freiwillig, ohne jede Intervention, die eindringlichsten Vorstellungen und nicht ohne Erfolg beim König von Hannover erhoben.

Die Gastfreundschaft hatte sie aber bis in die neueste Zeit nicht Grund, durch Polizei zu überwachen, und bezüglich mancher auffallender Erscheinungen haben die in Hannover vorgenommenen Verhaftungen selbst keinen Grund zu irgend welchem Einschreiten gegeben.

Den letzten Vorgängen hat die Regierung die größte Aufmerksamkeit zugewendet, in Zufälligkeiten werde niemand ein Motiv finden können zu Mißtrauen gegen die Regierung selbst.

Die Regierung wird es, dies kann sie feierlich versichern, nicht dulden, daß das seit Jahr und Tag so mühsam aufgebaute Gebäude der Politik des Friedens, welche Europa selbst so ehrenvoll anerkannte, einer Politik, die nicht bloß den Frieden liebt, sondern denselben auch bietet, durch eine anberufene und unerlaubte Thätigkeit gestört und gefährdet werde.

Die Regierung wird ihre Würde wohl zu wahren wissen, dabei aber das Wohl und Interesse des Reiches stets im Auge behalten; die Regierung, dessen können Sie sicher sein, wird ihre Schuldigkeit thun. (Lebhafter, anhaltender Beifall von allen Seiten.)

Freiherr v. Hof erstattete den Bericht über das Budget des Reichsfinanzministeriums und der Rechnungscontrole, die Reserve und das Zollgefälle. Es wurde zunächst das Budget der Rechnungscontrole, für welche im Ganzen 959.510 fl. nach einem Abstriche von 90.700 fl. bewilligt wurden, erledigt.

Der Antrag: „Es wolle ausgesprochen werden, daß die Delegation durch Feststellung dieser Theile des Budgets den künftigen Beschläffen der beiden Landesvertretungen über die Verwaltung und Controle der Beiträge der bisherigen Staatsschuld nicht vorzugreifen vermeine“, wurde ohne Debatte angenommen, ebenso die meisten Posten des Budgets nach sehr unbedeutenden Debatten. Der Reichsfinanzminister Freiherr v. Becke verteidigte bei den Posten, bei welchen Abstriche in Antrag gebracht wurden, principiell die Ansätze der Regierung. Der Gesamtbedarf für das Reichsfinanzministerium wird nach einem Abstriche von 433.504 fl. mit 3,535.980 fl. bewilligt, und zwar für die Centralleitung, Centralcasse und deren Rechnungsdepartement 140.600 fl.; für die schwebende Schuld 700.000 fl.; für die fundirte Schuld 985.380 fl.; für Reichspensionen 1,800.000 fl.

Die nächste Sitzung ist Freitag, 28. d. M.

Ungarische Delegation.

Ueber die Verhandlungen der Militär-Section bringt die „Pester Corr.“ folgenden Bericht:

Bereits in den vorbereitenden Sitzungen wurde die specielle Nothwendigkeit einzelner Reductionen und Streichungen betont. Die Generalcommandos sollen vermindert, die Platzcommandos aufgehoben und mit den Truppencommandos oder Garnisonscommandos verschmolzen werden.

Es wird dadurch ein Ersparniß von nahezu einer Viertelmillion erzielt, überdies die Verwaltung nicht bloß billiger, sondern einfacher und besser gemacht. Auch wurde von einzelnen Mitgliedern darauf hingewiesen, daß die Generalcommandos und die von diesen gesonderten Divisionscommandos in ihrer gegenwärtigen Organisation unpraktisch seien, und daß durch Errichtung von Territorial-Divisionscommandos, welche die Functionen beider in sich vereinigten, sowohl eine Ersparung, als eine Verbesserung der militärischen Administration erzielt würde. Von den Betreffenden wurde darauf hingewiesen, daß alle Armeeeinrichtungen im Grunde genommen doch für den Krieg berechnet sein müßten, der das Kriterium sei für das Gebahren im Frieden. Nun hätte sich aber die gegenwärtige Organisation mit nichten im Kriege be-

währt; denn die Generalcommandos, die im Frieden mit der Truppe in Berührung ständen, seien im Kriege nahezu ganz oder doch zum größten Theile überflüssig. Sie bleiben an ihren Standorten, wenn die Truppe auch ausrückt, und sind dann selbstverständlich fast ganz ohne Beschäftigung. Die Corpscommandos hingegen, die im Kriege die Truppenleitung ausschließlich in die Hand bekommen, existiren im Frieden nicht und kennen dann die Truppe ebenso wenig, als diese sie kennt.

Es wurde darauf hingewiesen, daß im letzten Feldzuge in Böhmen thatsächlich die Commandos und Truppen einander ganz fremd gewesen seien, was Ursache vieler Mißgriffe und Irrungen gewesen. Wären nun Generalcommandos und die Corpscommandos vereinigt, so würde im Kriegsfall ein sehr geringer Theil des so beschaffenen Verwaltungskörpers genügen, um die Functionen der Generalcommandos zu versehen; der Rest ginge als Corpscommando mit der Truppe, mit deren eigenthümlichen Eigenschaften, auf deren genauer Kenntniß und geschickter Verwerthung doch ein so großer Theil der Kriegserfolge beruht, dies letztere dann vollkommen vertraut wäre.

Diese Reform hätte ein Ersparniß von mehr als 200.000 fl. im Gefolge gehabt. Doch wurden von Seite des Kriegsministeriums Einwendungen, namentlich gegen die sofortige Ausführbarkeit derselben vorgebracht und dieselbe einstweilen fallen gelassen. Die Militärcassen sollen auf zwei, nämlich in Wien und in Pest, reducirt werden; es wird dadurch ein Ersparniß von mehr als der Hälfte des angelegten Erfordernisses von 110.870 fl. erzielt. Die Auflassung der Regiments-Seelsorgen und der Auditoriate würde ein Ersparniß von 92.224 fl. ermöglichen.

Bezüglich der Auditoriate namentlich wurde hervorgehoben, daß dieses Institut, abgesehen davon, daß es nicht unerhebliche Summen verschlinge, ungemein schädlich und demoralisirend auf den Geist der Truppe, namentlich des Officierskorps einwirkte. Durch das Regiments-Auditoriat ist nämlich der Officier vollkommen in die Hand der Regimentsinhaber oder der Regimentscommandanten gegeben, einer geregelten Gerichtsbarkeit entrückt und einer Justiz überliefert, die ihrem Wesen nach eigentlich Polizeimaßregelung genaunt werden müßte. Ueberdies ist nicht abzusehen, warum der Officier, sogar die Officiersfrau, überhaupt das Militär mit allem, was um und an demselben ist, der Civilgerichtspflege auch in Angelegenheiten, die ganz gemeinrechtlicher Natur sind und mit der militärischen Disciplin durchaus nichts zu thun haben, entzogen sein soll. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, wurde die Errichtung unabhängiger Militär-Collegialgerichte und die Beschränkung der Kompetenz der Militärgerichtsbarkeit überhaupt auf Angelegenheiten militärischer Natur beantragt.

Gestern hielt die Militärsektion des Budgetausschusses der ungarischen Delegation ihre Schlußsitzung, in welcher das Budget des Kriegsministeriums votirt wurde. Es gelangte vor allem das Referat des Berichterstatters Kerkapolyi zur Verlesung. Dieses Referat beantragt, den vom Ministerium vorgelegten Kostenanschlag für das Jahr 1868 nach Abzug der Kosten der Hengstendepots, Gestüte und Wirthschaften, die im gemeinsamen Budget nicht am Plage und der Verwaltung der einzelnen Landesministerien zugewiesen werden sollten, selbstverständlich auch nach Abzug der vom Ministerium selbst gestrichenen 3.207.000 fl. zu bewilligen. Die Kosten der oben angeführten gestrichenen Post (10) belaufen sich auf 490.934 fl. Es verbleiben somit von den verlangten 69,293.002 fl. nur mehr 67,802.065 fl., die jedoch auch nur unter dem Vorbehalte zu votiren sind, als die vom Ministerium auf 3,857.000 fl. angelegten eigenen Einkünfte des Heeres in der That nicht größer sein sollten. Es wird über diese Einkünfte strenge Rechnung zu legen sein, und werden sich die Kosten im Verhältnisse zu jeder Steigerung der Einnahmen zu vermindern haben.

Durch Barady und Ivanka wird ein Minoritätsvotum seitens der Linken eingebracht und im selben die Bewilligung von bloß 60 Millionen für das Landheer beantragt. Der Delegirte Kator beantragte die Streichung von 10 Millionen bei den Kosten des Landheeres und der Marine zusammengekommen, so daß für beide 70 Millionen zu bewilligen wären. Der Delegirte Bano beantragte außer den vom Majoritätsreferenten vorgeschlagenen Abstrichen noch den Abzug einer Million von den präliminirten Kosten. Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten Kerkapolyi angenommen.

Die Kosten des Landheeres sind somit vorläufig mit 67,802,065 Gulden votirt.

Der confessionelle Ausschuss des Abgeordnetenhauses hat in der Sitzung vom 19. d. M., welcher auch Sr. Excellenz der Herr Cultusminister Ritter v. Hafner beiwohnte, die Verhandlungen über die Amendements der Regierung zu dem Gesetzentwurf über die interconfessionellen Verhältnisse fortgesetzt.

In Betreff der Leistungen und Beiträge zu den Zwecken anderer Kirchen (Art. 13 a bis d) wurde nach einer längeren Debatte, an welcher sich außer dem Minister die Abgeordneten Dr. Groß (Wels), Schneider, Dr. Kuranda, Andriewicz, Dr. Sturm, Dr. Figuly und Dr. Rechbauer beteiligten, beschlossen, den Artikel 13 des früheren Ausschufentwurfes wegzulassen und statt

dessen den Zusatzartikel der Regierung 13 a (nun Art. 9) in folgender Fassung anzunehmen:

„Angehörige einer Kirche oder Religionsgenossenschaft können zu Beiträgen an Geld und Naturalien oder zu Leistungen an Arbeit für Cultus- und Wohlthätigkeitszwecke einer anderen nur dann verhalten werden, wenn die Verpflichtung zu solchen Leistungen auf privatrechtlichen, durch Urkunden nachweisbaren Gründen beruht oder wenn sie grundbücherlich sichergestellt ist.“

Der Anspruch auf solche Leistungen kann aber im Falle der Beanständigung nur im Rechtswege geltend gemacht werden.

Kein Seelsorger kann von Angehörigen einer ihm fremden Confession Taxen, Stolzgebühren u. dgl. fordern, außer für auf deren Verlangen wirklich verrichtete Functionen, und zwar nur nach dem gesetzlichen Ausmaße.

Ueber Art. 13 b (jetzt 10) entwickelt sich eine Debatte zwischen den Abgg. Dr. Groß (Wels), Schneider, Andriewicz, Herrmann, Dr. Figuly, Dr. Sturm, Dr. Kuranda und Baron Weichs, nach deren Schluß Art. 13 b als Art. 11 nach dem Wortlaute der Regierungsvorlage und mit dem Zusätze des Dr. Figuly: „Eine zwangsweise Einschulung in die Schule einer anderen Confession findet nicht statt“, angenommen wurde.

Art. 13 c wurde dann als Art. 11 unverändert nach der Fassung des Regierungsamendements angenommen.

Bei Art. 13 d (jetzt 12) beantragt Dr. Rechbauer, daß demselben der Art. 13 des vom Ausschusse beschlossenen Religionsgesetzes vorangestellt werde, welcher lautet: „Für Ruhestätten der Verstorbenen hat die Gemeinde Sorge zu tragen und ist das Begräbniß der Todten eine durch die Gesetze des Staates zu regelnde Angelegenheit. Jede Kirche und Religionsgenossenschaft ordnet die gottesdienstlichen Berrichtungen bei Leichenbegängnissen nach ihren Satzungen.“

Dieser Antrag wurde auch nach eingehender Debatte, an welcher sich fast sämmtliche anwesenden Ausschufmitglieder so wie der Herr Cultusminister beteiligten, sammt dem Zusatzantrage des Dr. Sturm, daß in den 2. Absatz dieses neuen Art. 12 (früher 13 d der Regierungsamendements) die nähere Bestimmung aufgenommen werde: „Im Umkreise der Ortsgemeinde“, angenommen.

Von den Bestimmungen über die Festtage, welche in dem Art. 13 e bis h der Regierungsamendements enthalten sind, werden die drei ersteren im wesentlichen nach der Regierungsvorlage mit nur geringen stilistischen Abänderungen angenommen und in zwei Artikel, 13 und 14, zusammengefaßt.

Der Zusatz Art. 13 h dagegen wird vom Ausschusse in folgender Fassung angenommen: „In Schulen, welche von Angehörigen verschiedener Kirchen oder Religionsgenossenschaften besucht werden, soll, soweit es ausführbar ist, dem Unterrichte eine solche Eintheilung gegeben werden, bei welcher auch der Minderheit die Erfüllung ihrer religiösen Pflichten ermöglicht wird.“

Schließlich wurde das letzte Alinea des Art. 14 als Art. 16 nach der von der Regierung beantragten Fassung angenommen und somit die neuerliche Berathung dieses Gesetzentwurfes beendet.

Es wurde sofort zur Wahl eines Berichterstatters an Stelle des durch Krankheit verhinderten Dr. Mühlfeld geschritten und Abgeordneter Dr. Sturm hierzu bestimmt.

Zur Entwurfung des Specialgesetzes über gemischte Ehen wurde ein Subcomité, bestehend aus den Abgeordneten Dr. Sturm, Andriewicz, Schneider und Herrmann eingesetzt.

Oesterreich.

Wien, 21. Februar. (Ueber die in Rom schwebenden Concordats-Verhandlungen) verlautet heute, daß der Cardinal Antonelli, nach Kenntnisaufnahme der Grundzüge der diesseits angedeuteten Revision, freilich seiner „Ueberzeugung“, daß auf einer solchen Basis eine Verständigung kaum zu hoffen, gleichzeitig jedoch dem Wunsche Ausdruck gegeben hat, nach Ansehung von Artikel 35 des Concordats die Begehren Oesterreichs im einzelnen prüfen zu können, daß der österreichische Botschafter in den Stand gesetzt wurde, diesem Wunsche Genüge zu leisten, daß aber inzwischen, und ohne auf die allfälligen Entschlüsse Roms zu warten, die cisleithanische Regierung rüstig Hand anlegt, um ohne Rücksicht auf etwa entgegenstehende Bestimmungen des Concordats die neuen Staatsgrundgesetze nach allen Richtungen hin ins Leben zu führen.

— 22. Februar. (Die Nationalbank.) Die „Presse“ vernimmt, das Dreier-Comité der Nationalbank beschloß, im nächsten Meeting die Reduction des Bankactienkapitals von 110 auf 75 Millionen vorzuschlagen, wodurch die Convertirung der Actienwerthe auf 500 Gulden erfolgt. Dies läuft auf eine Liquidation der Bank auf ein Drittel des Capitals hinaus. Jeder Couponsüberbringer würde die Dividende nebst 235 Gulden Abschlagszahlung erhalten.

— 22. Februar. (Zur hannoverschen Angelegenheit) schreibt die „Deb.“: Die Erklärung, welche Herr v. Beust in Betreff der hannoverschen Paßaffaire gestern in der cisleithanischen Delegation abgegeben, ist von Seiten der gesammten hiesigen Presse mit Genugthuung aufgenommen worden, doch tauchte

gleichwohl die Frage auf: wen Herr v. Beust eigentlich mit der Hindeutung auf gewisse „Autoritäten“, die bei der Paßerteilung Einfluß nahmen, gemeint habe. Unseres Erachtens beantwortet sich diese Frage, wo nicht aus dem weiteren Inhalt der Rede, so doch gewiß durch die stadtbekanntem, mit der leidigen Paßaffaire verbundenen Umstände wohl von selbst und erscheint jede Mißdeutung, als könnten unter jenen „Autoritäten“ irgend andere als Personen aus der Umgebung König Georgs gemeint sein, von vornherein ausgeschlossen.

Klagenfurt, 18. Februar. (Deutscher Volksverein für Kärnten.) Vorgesestern versammelten sich eine Anzahl der liberalen Partei angehörige Männer im „Hotel Europa“, um die Gründung eines Volksvereines für Kärnten zu besprechen. Es wurde ein Statutenentwurf vorgelegt, der als Leitfaden für die anzuarbeiteten Statuten angenommen wurde. Nach diesem Statutenentwurfe führt der Verein den Namen „Deutscher Volksverein für Kärnten“ und hat seinen Sitz in Klagenfurt. Er strebt einen dreifachen Zweck an, nämlich die deutschen Interessen in Kärnten zu wahren und zu fördern, sowie den Zusammenhang mit den deutschen Stammgenossen aufrecht zu erhalten; dann dahin zu wirken, daß die österreichische Verfassung nach demokratischen Principien ausgebaut werde; endlich Hebung der Volksbildung durch Befreiung der Schule von unberechtigten Einflüssen, Verbreitung von Druckschriften etc. Nach Annahme des Statutenentwurfes wurde die Wahl der Männer vorgenommen, welche nach dem Vereinsgesetze als Gründer oder Unternehmer anzusehen sind. Dieselben werden der k. k. Landesbehörde die ausgearbeiteten Statuten vorlegen und, wenn kein Anstand gegen dieselben erhoben wird, die eigentliche constituirende Versammlung, welche den Vorstand zu wählen hat, einberufen.

Ausland.

München, 20. Februar. (Zollparlament.) Ein officiöser Artikel der „Hoffmann'schen Correspondenz“ sagt: Das Ergebnis der Wahlen zum Zollparlamente hat gezeigt, daß die Politik des Ministeriums eine richtige gewesen sei. Das letztere habe sich weder jemals auf Clericale und Restaurationsfreunde, noch auf die Fortschrittspartei und die Dränger zum Eintritte in den norddeutschen Bund gestützt. Die Resultate der Wahl beweisen, daß Baiern der Zerrüttung anheimgegeben wäre, wenn die Zügel der Regierung einer der beiden extremen Parteien in die Hand gegeben würden, und ermunterten die Regierung, die bisherige Politik auch künftig zu befolgen: die Selbständigkeit Baierns, ohne hierbei die nationalen Ziele zu vergessen, zu wahren und die nöthigen Reformen im Innern besonnen durchzuführen.

Stuttgart, 21. Februar. (Der Schluß des Landtags) erfolgte gestern Abends 5 Uhr durch den König. Im Eingange der Thronrede heißt es: „Seitdem ich das letzte mal in Ihre Mitte getreten, sind bedeutungsvolle Ereignisse über unser Vaterland gekommen. Ein Band, das seit einem Jahrtausend die deutschen Stämme umschlungen hat, ist gelöst. Das schöne Reich, welches bis daher seine Geschichte mit uns getheilt, ist von uns geschieden und Deutschland hat sich neugestaltet. Was Ich gethan, um Württemberg in diesem neugefalteten Deutschland die ihm gebührende Stellung für den Krieg und Frieden zu sichern, haben Sie gutgeheißen. Entschlossen, die eingegangenen Verpflichtungen treu und redlich zu erfüllen, rechne Ich mit Zuversicht auf die rückhaltlose Unterstützung meines Volkes. Hoffen wir, daß das, was Deutschland verloren, seine Ausgleichung finde durch die Anziehungskraft gleicher Gesinnung und gleicher Interessen.“ Hierauf werden die geschaffenen Reformen angezählt. Die Thronrede schließt: „Mit Mir haben Sie es auf sich genommen, von dem Volke Opfer zu fordern, damit es für ernste Zeiten gerüstet sei, die Früchte des Friedens zu schützen, das Vaterland im Falle einer Bedrohung mit Kraft und Hingebung zu verteidigen. Unsere Pflicht ist es, uns ebenbürtig an die Seite unserer Nachbarn zu stellen. Scharfe Gegensätze sind im Kampfe der Meinungen zu Tage getreten; sie finden ihre Versöhnung in der ungetheilten Liebe Aller zu unserem theureren Württemberg, zu unserem großen Vaterlande.“

Köln, 21. Februar. (Kriegsgefahren.) Der Leitartikel der „Kölnischen Zeitung“ spricht von Kriegsgefahren, publicirt einen Florentiner Brief, der in Italien Vorbereitungen erkennen will, welche auf Krieg hindeuten, den Frankreich und Italien gemeinschaftlich, vielleicht gar auch Oesterreich, gegen den Nordbund führen wollen. Italiens angebliche Rüstungen gegen Arnau seien in Wahrheit anti-deutsche Rüstungen. Rom selber sei in einen großen französischen Waffenplatz umgewandelt. Die „Kölnische Zeitung“ warnt Preußen vor gleichzeitiger Beleidigung Oesterreichs und Frankreichs, sowie davor, ihnen gleichzeitig Anlaß zum Krieg zu geben, wobei Recht und Vertrag, sowie die öffentliche Meinung Europa's auf der gegnerischen Seite stehen würden.

Florenz, 20. Februar. (Die Deputirtenkammer) hat die provisorische Finanzgebarung für einen weiteren Monat und eine Mitgift von 500.000 Fr. für die Prinzessin Margarethe ohne Debatte bewilligt. Der von der Commission zu dem Finanzgesetze bean-

tragte Zusatzartikel wegen Vergütung des Goldagio für im Auslande geleistete Zahlungen wurde jedoch mit der Abänderung angenommen, daß hiefür keine bestimmte Summe festgesetzt werde.

— 21. Februar. (Sitzung der Deputirtenkammer.) Alle Capitel des Etat des Ministeriums für öffentliche Arbeiten wurden angenommen. Sella berichtet über den Gesetzentwurf, betreffend die Genehmigung des Passivbudgets. Er weist die Ausgaben der Ministerien nach und betont die Nothwendigkeit, ohne Säumnis für den Stand der Finanzen vorzusorgen. Die Gesamtsumme des Passivbudgets für das Jahr 1868 beträgt 918 Millionen. Die Ersparnisse bei den bereits genehmigten Finanzgesetzen belaufen sich auf 3 1/2 Millionen. Die Kammer beschließt, daß nicht summarische Berichte über die Finanzgesetze erstattet, sondern daß die Berichte nach und nach zur schleunigen Prüfung und Kammerentscheidung vorgelegt werden. Der Finanzminister erklärt, das Budget für das Jahr 1869 werde in den ersten Tagen des März vorgelegt werden. Die Kammer beschließt ihre Vertagung bis zum 2. März. Das obgenannte Passivbudget wurde mit 176 gegen 38 Stimmen angenommen.

Paris, 17. Februar. (Ein mysteriöser Vorfall.) Der „Köln. Ztg.“ wird von hier geschrieben: „Vorgestern ereignete sich in den Tuilerien ein höchst eigenthümlicher, noch in tiefes Geheimniß gehüllter Vorfall. Gegen 1 Uhr Nachmittags kletterte plötzlich ein ganz fein gekleideter Herr mit wahrer Affenbehendigkeit (so erzählen die Leute aus dem Schlosse) an der Stelle, wo gewöhnlich die Hofwagen für den Kaiser aufgestellt sind, über das hohe Gitter, das den Tuilerienhof vom Place du Carroussel trennt. Von dort lief er mit Wideoseile auf den Pavillon de l'Horloge zu, warf die, welche sich ihm entgegenstellten, zur Seite und gewann die Appartements des Kaisers. Er drang bis zum Wohnzimmer, das unmittelbar vor dessen Arbeitszimmer liegt. Den dort anwesenden Adjutanten und Dienern gelang es aber, ihn festzunehmen. Als man ihn dann nach dem Bureau des Polizei-Commissärs der Tuilerien, die nach dem Quai hinkam, brachte, stieß er nur die Worte aus: „J'en veux à ses dames.“ In dem Bureau des Polizei-Commissärs angekommen, verhielt sich der noch ziemlich junge Mann zuerst ganz ruhig, sprang aber, als er sich einen Augenblick unbewacht sah, zum Fenster und stürzte sich zu demselben hinaus. Ob er die Absicht hatte, sich aus dem Staube zu machen, oder aber sich das Leben nehmen wollte, weiß man nicht. Er wurde jedoch alsbald wieder festgenommen, da er in den Graben gefallen war, der die Tuilerien von den Quais trennt, und sich stark beschädigt hatte. Er hatte nämlich den linken Arm am Handgelenke gebrochen, eine starke Verletzung am Kopfe erhalten und sich die Nase zertrümmert. Er wurde sofort nach der Charité gebracht. Sein Zustand ist nicht lebensgefährlich, aber verhindert doch, daß man ihn bis jetzt vernehmen konnte, und man weiß daher noch nicht, ob man mit einem Wahnsinnigen oder mit einem Verbrecher zu thun hat. Nach den Worten, die er bei seiner Verhaftung ausstieß, könnte man beinahe annehmen, daß er es auf die Kaiserin abgesehen hatte. Der Kaiser soll durch diesen Vorfall sehr unangenehm berührt worden sein. Derselbe ist überhaupt wieder sehr düster gestimmt, da sein erster und ältester Kammerdiener am Tode liegt. Dieser Mann, der unter dem Namen Leon bekannt ist, war seit Jahren der treue Begleiter Louis Napoleon's, lebte mit ihm in der Verbannung, war bei ihm in Ham und verließ ihn natürlich auch nicht, seit ihn das Glück so sehr begünstigte. Dieser Leon ist übrigens eine etwas räthselhafte Person. Er ist von ganz feinen Manieren und nicht ohne Bildung und Kenntnisse, doch Niemand weiß seinen Familiennamen. Beim Kaiser selbst, der ihm letztes Jahr noch eine Villa im Werthe von 100.000 Francs zum Geschenke machte, stand er von jeher in höchster Gunst und seine Rathschläge blieben, so versichert man, häufig nicht ohne Einfluß auf selbst wichtige Angelegenheiten.

Paris, 20. Februar. (Sitzung des gesetzgebenden Körpers.) Ein Amendement, welches bezweckt, daß den Gerichtshöfen zugestanden werde, die Erhandlungen zur Veröffentlichung von Preßproceß-Verkämpfen und sodann verworfen. Ein anderes Amendement, welches die Weglassung der Artikel 14, 16 und 18 des Decretes vom Jahre 1852 bezweckt, wird ohne Debatte ebenfalls verworfen. Hierauf beginnt die Debatte über das Amendement Janze's, welches verlangt, daß die Beurtheilung und Analyse der Verhandlungen des gesetzgebenden Körpers nicht mit der untersagten Berichterstattung gleichgestellt werden können. — Das Amendement Janze's wurde mit 164 gegen 58 Stimmen verworfen. Hierauf Debatte über ein anderes Amendement, welches die Abschaffung des Decretes vom Monate August des Jahres 1848, wegen Bestrafung der Aufreizung zum Hass und zur Verachtung der Regierung, verlangt. Baroche und Rouher bekämpfen dieses Amendement.

— 21. Februar. (Sitzung des gesetzgebenden Körpers. — Die rumänischen Banden.) Im Verlaufe der Debatte über die Sitzungsberichte des gesetzgebenden Körpers entwickelt Thiers vier Punkte. Die Regierung müsse wollen, daß über die Kammer-

debatten frei discutirt werde. Der Gesetzgeber wolle nur die Unrichtigkeit der Sitzungsberichte, aber nicht ein Urtheil über die Debatten verhindern. Das Zweideutige in dieser Frage ging nur von der Regierung aus, der die Willkürlichkeit der Berichterstattung unliebsam war. Um diese Schwierigkeit zu lösen, müsse man das Februar-decret modificiren; die Würde des gesetzgebenden Körpers erheische dieser unerträglichen Lage ein Ende zu machen. Es sei unmöglich, die Debatten des gesetzgebenden Körpers zu beurtheilen, ohne der besonderen Verhältnisse dieser Debatten zu erwägen, die den Gegenstand der Besprechungen bilden. Baroche sagt, das hiesige ja dann Berichterstattung. Thiers nimmt davon Act, daß die Regierung in dieser Rechtsauslegung beharre, und schließt, daß es nothwendig sei, das Amendement anzunehmen. Cassagnac ergreift das Wort. — Die „Epoque“ sagt, Privatmittheilungen erlauben anzunehmen, daß die aufständischen Banden in den Donauländern täglich wachsen.

— (Das neue Militärgesetz) soll bei der nächsten Recrutirung in Frankreich in Anwendung kommen. Die Regierung beantragt eine Anhebung von 100.000 Mann, gleichzeitig enthält die betreffende Vorlage aber ein Amendement, daß nur 80.000 Mann der Altersklasse von 1867 für die Land- und Seetruppen ausgehoben werden sollen. Von den 80.000 Recruten werden, nach Abzug der Marinetruppen und der Befreiten, beiläufig 63.000 Mann für die Landarmee übrig bleiben; bisher wurden von einer solchen Summe Conscripten mehr als die Hälfte in die Reserve zurückgestellt, jetzt müssen alle 63.000 fünf Jahre bei der Fahne bleiben und dann noch erst vier Jahre in der Reserve dienen.

London, 18. Februar. (Lord Derby.) Die „Engl. Corr.“ berichtet: Das Befinden Lord Derby's verschlimmerte sich im Laufe des gestrigen Tages so sehr, daß sein Sohn, Lord Stanley, und sein Hausarzt, Dr. Miller, telegraphisch nach Knowsley berufen wurden. Der Kranke phantasirte, und es stellte sich ein besorgnißerregender Schwächezustand ein. Gegen Abend waren diese Symptome zum Theile gemildert, und das Befinden des Patienten soll kein gerade hoffnungsloses sein; doch so viel steht fest, daß selbst im günstigsten Falle Lord Derby's Rücktritt von den Staatsgeschäften sich nicht mehr lange wird aufschieben lassen. Die Times widmen ihm heute einen Leitartikel, der wie ein Nekrolog klingt. Sie preisen seine großen Eigenschaften als großer Parteiführer und Administrator, seine seltene Begabung, sich das Vertrauen seiner Partei zu erwerben und zu bewahren, sein Feuer und seine Energie in jüngern, seine Ruhe und Leidenschaftslosigkeit in späteren Jahren, seine glänzende Beredtsamkeit, seine ausgebreiteten Kenntnisse und sogar seine Liebe zu Pferderennen, die ihn — das darf man wohl sagen — im Lande größere Popularität als seine Uebersetzung der Iliade verschafft hat. Auch andere Blätter sprechen mit Ehrfurcht und Anerkennung von dem scheidenden Staatsmanne, der, im Gegenfaze zu den meisten englischen Staatsmännern, seine Laufbahn als Whig begonnen hat, um sie als Tory zu schließen. Als sein mutmaßlicher Nachfolger wird auch heute noch Lord Stanley bezeichnet, doch wird vor dessen Rückkunft von Knowsley Positives über diesen Punkt schwerlich bekannt werden.

— 21. Februar. (In der gestrigen Unterhause) erklärte der Schatzsecretär Hunt, die Regierung habe den neuen englisch-amerikanischen Postvertrag lediglich behufs Revision gekündigt. Der Gesetzentwurf betreffend den Ausschluß der Deffentlichkeit bei Hinrichtungen wurde zum ersten male verlesen. Die Regierung kündigte die demnächstige Einbringung eines neuen Bankerotgesetzes an.

Tagesneuigkeiten.

— (Allerhöchste Spenden.) Ihre Majestäten der Kaiser Ferdinand und die Kaiserin Maria Anna haben dem Vereine zur Unterstützung der Wittwen und Waisen der Lehrer an Haupt- und Unterrealschulen in Böhmen 500 fl. allergnädigst zu spenden geruht. — Ihre Majestät die Kaiserin Karolina Augusta haben dem St. Gregorius-Verein zur Unterstützung dinstiger Studirender eine Gnadenpende von 100 fl. allergnädigst zugewendet.

— (Der König von Hannover,) auf dessen Kosten bei Gelegenheit des im Wiener Curfalon abgehaltenen großen Banquets dieser Saal mit dem Kostenaufwande von circa 5000 fl. prächtig decorirt wurde, hat sämmtliche Decorationsstücke der Commune Wien zum Geschenke gemacht.

— (Johann Strauß,) der sich in London durch seine in Coventgarden gegebenen Concerte große Popularität erworben, hat, wie englische Blätter melden, ein Engagement zu einer viermonatlichen amerikanischen Tour gegen ein Honorar von 12.000 Pfd. St. angenommen.

— (Schneestürme.) Von mehreren Seiten wird von neuen Schneestürmen berichtet, welche besonders vom 13. bis 16. d. M. tobten. So haben in dieser Zeit in Siebenbürgen Schneeverwehungen noch allen Richtungen stattgefunden und der Passage große Hindernisse bereitet; im Norden Böhmens haben zu Ende der vorigen Woche die Schneemassen eine solche Höhe erreicht, wie selbe schon seit vielen Jahren nicht vorgekommen ist. Nicht nur alle Wege sind klasterhoch mit Schnee bedeckt, sondern auch die Fußsteige selbst können nicht ohne Lebensgefahr betreten werden. Manche Einsichten sind bis an das Dach hinauf verschneit, so daß

die Einwohner derselben nur mit der äußersten Anstrengung sich freie Bahn um die eine Hausseite herum zu verschaffen im Stande sind.

— (Vom Vesuv.) Der Director des Observatoriums am Vesuv schreibt unterm 15. d. M., daß die Eruption, die in der Nacht vom 12. bis 13. November v. J. begonnen hatte, sich sichtlich in drei Perioden eintheilen lasse; in die Periode der größten Heftigkeit, die bis zum 15. Jänner d. J. anhielt, in die Periode der Abnahme, die mit verschiedenen Phasen in die Zeit bis zum 11. d. M. fällt, und in die noch andauernde Periode des bedeutendsten Nachlasses. Der Eruptionstege läßt früh und Abends irgenwelche dämpfe donnerartige Geräusche hören, denen schwache Eruptionen folgen, worauf wieder Ruhe eintritt; nach einiger Zeit ergießen sich dann Lavaströme, die aber die früheren bereits erstarren Laven ihren Lauf nehmen. Vom Gipfel des Vesuv aus ist die glühende Lava gar nicht wahrnehmbar und nur wenn die Wand des Eruptionstege reißt, kann man durch die Oeffnung die tockende, feurige Masse erblicken.

Locales.

— (Militärveränderungen.) Der Hauptmann erster Classe Herr Franz Giacich des Infanterie-Regiments Nr. 17 wurde als zeitlich invalid in den Ruhestand versetzt.

— (Der Rechnungsabschluss der krainischen Sparcasse für das Jahr 1867) bietet ein sehr erfreuliches Bild dar. Die Zahl der Einleger hat sich im Vergleich zu dem Jahre 1866 um 278, der Beitrag der Einlagen um 342.606 fl. vermehrt. Die Rückzahlungen waren geringer um 18.365 fl. 90 kr. Zu Ende 1867 bestanden 14.308 Interessenten mit einem Einlagencapitale inclusive Zinsen per 4.656.443 fl. 85 kr. Die Bilanz zeigte ein Mehr im Activum per 503.204 fl. 15 kr. Der Geldverkehr betrug im Jahre 1867 — 5.111.552 fl. 42 kr. Das Hypothekendarlebensgeschäft hat eine größere Ausdehnung erhalten. Für gemeinnützige und humane Zwecke leistet die krainische Sparcasse verhältnismäßig mehr als andere ähnliche Institute. Im vorigen Jahr verausgabte sie dafür 5946 fl. 25 kr. Besonders wohlthätig werden voraussichtlich die Stipendien für Lectionen wirken, da sich bisher wegen Mangel an Mitteln nur wenige Realschüler den höheren technischen Studien widmen konnten.

— (Sängerabend.) Der am Samstag in den Localitäten der Schießstätte von dem Männerchor der philharmonischen Gesellschaft veranstaltete Sängerabend reiferte in vollstem Maße den Ruf aller von dieser Gesellschaft unternommenen Aufführungen und Unterhaltungen. Die geschmackvoll decorirten Localitäten waren von einem äußerst zahlreichen und eleganten Publikum überfüllt. Die gesungenen Nummern wurden mit Präcision executirt. Herrn Raiblin's humoristische Declamation, eine seriöse Declamation, vorgelesen vom Herrn Schauspieler Kraft mit Begleitung eines Waldhorns, welches Herr Wildt mit Meisterschaft spielte, gaben dem Programme die vielseitigste Abwechslung und dem Publicum Gelegenheit, den Beifall auf laute Weise auszusprechen. Um halb 10 Uhr begann der Tanz, welchem sich die Gesellschaft in der anmuthigsten Weise hingab. Wir können nicht umhin, auch des trefflichen Arrangements, sowie der Güte der Restauration lobend zu gedenken.

— (Buchdruckerverein.) Der Ausschub hielt gestern unter Vorziehung einiger Herren, welche sich zur Theilnahme am Unterrichte für Buchdrucker bereit erklärt hatten, eine Berathung wegen Feststellung des Lehrplanes. Es wurde beschlossen, wöchentlich zwei Stunden dem Unterrichte in der slovenischen Sprache (durch Herrn Levstik) und ebenso jenem in der deutschen Sprache (durch Herrn Prof. Heinrich) zu widmen. Außer diesem schulumäßig zu betreibenden Unterrichte sollen wissenschaftliche Vorträge in verschiedenen Fächern stattfinden, und zwar wird Herr Prof. Dyppl über Stenographie einen speciellen Kurs für Gehilfen nach Maßgabe deren Vorbildung, sowie eventuell über Arithmetik, insbesondere Decimalbruchrechnung; Herr Director Mahr über Buchführung; Herr Director Schrei über physikalische Gegenstände; Herr Deschmann über Naturhistorisches und Laudeskunde; Herr Dr. Keesbacher über Volksgesundheits- und Nahrungsmittellehre; endlich Herr A. Dimig über krainische Geschichte halten. Diese Vorträge sollen kommenden Sonntag, 1. März, beginnen und vom Herrn Oberrealschul-Director Schrei durch eine Demonstration über den Morse'schen Telegraphenapparat eröffnet werden. Es kam außerdem, durch Herrn Deschmann angelegt, die Nothwendigkeit einer bildenden Lectüre zur Sprache, und es wurde beschlossen, diesfalls die Gefälligkeit von Freunden und unterstützenden Mitgliedern des Vereins durch Entlehnung bezüglicher Werke in Anspruch zu nehmen, eventuell aber die Errichtung einer Vereinsbibliothek im Sinne der Statuten anzustreben. Schließlich machte Herr A. Dimig auf die Nothwendigkeit des geographischen Anschauungsunterrichtes und der Beschaffung von Kartenwerken und größeren Uebersichtsarten aufmerksam. Die Versammlung stimmte dieser Anregung bei, und es wurde beschlossen, sich diesfalls an die erste Landkarten-Verlagsanstalt von Julius Perthes in Gotha wegen Ueberlassung von Karten im Geschenkweg oder doch zu ermäßigtem Preise zu wenden. Wir ersehen aus dieser Verhandlung, daß der neue Verein sich lebenskräftig zeigt und mit Energie zur Verwirklichung seiner Aufgabe schreitet. Wir möchten aber aus diesem Anlasse mit Rücksicht auf die noch geringen Mittel des Vereins denselben der großmüthigen Förderung aller Jener empfehlen haben, welche in der Lage sind, denselben in geistiger oder materieller Weise zu unterstützen.

Correspondenz.

* Tschernembl, 20. Februar. Wie könnte ich heute der an einen so benamseten kleinen Correspondenten vom Lande gestellten Aufgabe entsprechen, ohne den geehrten Leser zu langweilen, wäre vielleicht eine Mittheilung über den guten Fortgang der bei günstigen Witterungsverhältnissen schon zu Anfang dieses Monats begonnenen Arbeiten in den Wein-

Da diese beiden Unterhaltungen auch nach Versicherung der von Rudolfswerth, Mötzing und dem benachbarten Croatien erschienenen Ballgäste sehr animirt waren, so wollen wir erwarten, daß mit diesen in Tschernembl abermals ein Impuls zu lebhafterer Geselligkeit gegeben ist.

Neueste Post.

Wien, 22. Februar. In den vorgestern und gestern stattgefundenen Plenarsitzungen des Budgetausschusses der Reichsrathsdelegation wurden sämtliche Anträge des Subcomité, betreffend das Budget der Landarmee, angenommen. Von den beantragten Resolutionen wurde jene bezüglich der Stationirung der Regimenter in ihren Verbezirken nicht zum Beschlusse erhoben. — In der heutigen Sitzung der Militärsektion der ungarischen Delegation verlangte die Section den Nachweis über die Bedeckung des Erfordernisses. Der Vertreter der Regierung wies die Bedeckung durch die in der Cassa des gemeinsamen Ministeriums befindliche Summe im Betrage von 48 Millionen nach.

Wien, 22. Febr. Ueber die Concordatsverhandlungen erhält die „Deb.“ Nachrichten aus Rom, welche nicht übereinstimmen mit der neuerdings sehr positiv austretenden Behauptung, der Cardinal Staatssecretär habe die österreichischen Vorschläge als ganz hoffnungslos bezeichnet. Man theilt vielmehr mit, Cardinal Antonelli habe sich darauf beschränkt, eine sorgsame Prüfung dieser Vorschläge zuzusagen, ein meritorisches Urtheil aber gar nicht gefällt.

Pest, 22. Februar. Der „Pester Lloyd“ meldet: Im Laufe dieser Woche werden drei Mitglieder der englischen Aristokratie mit ungarischen Cavalieren wegen Constituirung einer Compagnie verathen, deren Zweck es sein soll, englische Capitalien ungarischen Unternehmungen zuzuwenden. Der „Ungarische Lloyd“ meldet die Rückkunft des Grafen Andrássy und des Landescomandirenden Fürst Pichthenstein aus Wien.

Hamburg, 22. Februar. Der „Börsenhalle“ wird officiös aus Berlin gemeldet: Die hannoversche Pafsgeschichte scheint ausgeglichen. Die Preussische Antwort auf die Schindler'sche Interpellation befriedigte, zumal die Zurückhaltung des kaiserlichen Hofes gegenüber dem welfischen Familienfeste, sowie die öffentliche Meinung Oesterreichs hiemit in Uebereinstimmung steht.

München, 22. Februar. Prinz Ludwig von Baiern ist mit Gemahlin um 2 Uhr Nachmittags hier eingetroffen und am Bahnhofe von den Spitzen der Behörden, bei der Ehrenpforte von dem Collegium der Gemeinde empfangen und von der Volksmenge sympathisch begrüßt worden.

Paris, 22. Februar. Man erwartet, daß Rußland in Constantinopel den förmlichen Antrag stellen wolle, es solle die Pforte die Insel Candia an das Königreich Griechenland abtreten. Unter den gegebenen Verhältnissen kann dies einem Ultimatum gleichen. Man sieht daher auch diesem Schritte mit ernstlichen Befürchtungen entgegen.

Paris, 22. Februar. Die heutige „Patrie“ demontirt die Nachricht, daß die französische Regierung über die Aufnahme der hannoverschen Emigranten vom Könige von Hannover sondirt worden sei und sagt, daß, wenn eine solche Anfrage gemacht worden wäre, der König die Ueberzeugung gewonnen hätte, daß die Ausführung dieses Vorhabens der französischen Regierung unendlich unangenehm wäre.

Telegraphische Wechselcourse.

Spec. Metalliques 58.80. — Spec. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 59.30. — Spec. National-Antegen 66.40. — 1860er Staatsanlehen 86. — Bankactien 717. — Creditactien 194.70. — London 116.55. — Silber 114.75. — R. f. Ducaten 5.57.

Das Postdampfschiff „Cimbria“, Capitán Haack, welches am 5. Februar von Hamburg abgegangen, ist am 17. Februar bereits wohlbehalten in New-York angekommen.

Handel und Volkswirthschaftliches.

Die Krebszucht.

Unsere Gurker Krebse sind wohl weit und breit gesucht und man könnte durch eine rationelle Behandlung nicht nur die Zucht der Krebse aus der Gurl, sondern auch aus den andern kleinen und größeren Gewässern Kroins, die meist alle jene mineralischen Stoffe aus den Kalkgebirgen in sich führen, die den Krebsen so gedeiblich sind und sie so schwachhaft machen, auf eine Stufe bringen, die den Anwohnern der Gewässer eine bedeutende Einnahme sichern würde. Obwohl aber für unsere Krebse, wenn sie auch eben nicht aus der Gurl sind, in den Städten enorme Preise gezahlt werden, wird dieses Geschäft so flau und so ohne alles Eingehen betrieben, daß es wirklich nicht der Mühe lohnt, dieses Entommens zu erwägen.

Nicht nur, daß uns an und für sich schon ein tüchtiges Fischereigebiet fehlt, das die Ausbeutung auf das gehörige Maß und die richtige Zeit zurücksühren möchte, sondern es findet sich auch keine intelligente Hand, die Krebszucht so zu betreiben, wie es wohl das alte Renomme der krainischen Krebse verdient.

Ich sah oftmals an der Gurl handelte von Krebsen von laur einem Jahr heranziehen und um wenig Kreuzer zum Verlaufe anbieten. Möchten diese Leute bei einem rationalen Betrieb nur 2 oder 3 gemästete 3 bis 4jährige Krebse verlaufen, so erhielten sie ganz gewiß das Doppelte von dem, was ihnen für dieses kleine Gewässer gezahlt wird, und hätten sich überdies nicht einen so enormen Schaden gemacht.

Besonders an der Gurl sind sehr viele Plätze ganz geeignet, um mit wenigen Arbeitstagen mit dem dortigen leicht jägbaren Tuffstein prächtige Pflanzschulen zur Zucht großer Krebse zu errichten, u. z. auf folgende Art:

Man lege drei große, mit Tuffstein (ob Mangel dieses mit anderem Bruchstein) tüchtig ausgemauerte Gruben an; die erste Grube dient zur Aufnahme der einjährigen; die zweite zur Aufnahme der zweijährigen und die dritte Grube zur Aufnahme der drei- und mehrjährigen Krebse. Diese Gruben werden zu drei Viertel mit Wasser gefüllt, einmäßiger Wasserzufluß, auf einer hölzernen Rinne zugeführt, dient zur Erfrischung des Wassers in den Gruben.

Die größeren Krebse bedürfen etwa zwei Fünftel mehr Raum als die kleinen. Jeden Tag werden die Krebse drei mal in den Gruben gefüttert, und zwar mit gebackter Rindfleisch, Weizenmehl und zwei Drittel Weizenkleien, mit etwas Wasser

angemacht, zu Knödeln gebackt, gekocht, wieder gehakt und auf dreimal wurfweise in die Grube gebracht. Als Zugabe erhalten die großen Krebse wohl auch noch ein Gericht, bestehend aus gesottene Frösche und Fleischnabsfallen.

Auf diese Art wachsen die Krebse nicht nur sehr schnell, sondern werden das, was der Gourmand am besten jagt, sehr fett.

Besonders wäre die Krebszucht den vielen an der Gurl wohnenden Mühlenbesitzern anzuempfehlen.

Schollmayr.

Zur Wuchergesetzgebung. Die „Difsee-Ztg.“ enthält einen Bericht von H. Bombe über das Geschäft in Hypotheken in Stettin, welcher wie folgt, schließt: „Ich kann die erfreuliche Thatsache constatiren, daß die Aufhebung der Zinsbeschränkungen sich schon jetzt für den durch die früheren Wuchergesetze fast creditlos gewordenen Grundbesitz als eine überaus segensreiche Maßregel heranstellt, und der Credit in unseren capitalarmen östlichen Provinzen würde sich sehr bald noch viel günstiger gestalten, wenn die Reform in unserer Hypothekengesetzgebung so schnell wie möglich ins Werk gesetzt würde.“

Aus Judentburg wird über die Kronprinz-Audolphbahn geschrieben: Der Bahnbau macht trotz des starken Schneefalles erfreuliche Fortschritte. Mitte April soll eine Locomotive die Strecke St. Michael-Judentburg mit Material befahren, und werden die pflüchtigen Thausfuthen des Frühjahrbes den fast vollendeten Unterbau nicht hie und da verderblich, so ist es jedenfalls möglich, gemäß dem festgesetzten Programme, die ganze Strecke bis 1. September dieses Jahres dem Personenverkehr zu übergeben.

Laibach, 22. Februar. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 10 Wagen mit Getreide, 45 Wagen und 6 Schiffe (10 Klaster) mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

Table with 4 columns: Item, Price 1, Price 2, Price 3. Items include Weizen, Korn, Gerste, Hafer, Halbfucht, Heiden, Hirse, Kukuruz, Erdäpfel, Linfen, Erbsen, Hülsen, Rindschmalz, Schweineschmalz, Speck, Butter, Eier, Milch, Rindfleisch, Kalbfleisch, Schweinefleisch, Schöpfenfleisch, Hühner, Lämmer, Heu, Stroh, Holz, Weizen, Gerste.

Angelkommene Fremde.

Am 21. Februar. Stadt Wien. Die Herren: Branne, Holzhändler, Barthme, Kaufm., und Pachner, v. Gottschee. — Hücht, k. k. Notar, von Adria. — Dietrich, k. k. Hauptm. — Pfander, Kaufm., von Weinberg. — Satz, k. k. Prof., von Graz. — Die Frauen: v. Sabornit und Antemio, Gewerbetreibergattinnen, von Neumarkt. Elephant. Die Herren: Zupan, Professurcandidat, von Wien. — Schloger, Professor, von Gili. Baierscher Hof. Die Herren: Hobnik, Handelsm., von Feistritz. — Berne, Schullehrer, von Neumarkt. — Deforenjo, Handelsm., von Gurtsfeld. Mohren. Herr Favorel, Privatier, von Wien.

Theater.

Heute Montag: Robert der Teufel. Parodie mit Gesang in 3 Acten von Johann Nestroy. Musik von Adolf Müller.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Meteorological table with columns: Date, Time, Barometer, Thermometer, Wind, etc. Data for Feb 22 and 23.

Den 22.: Dichter Nebel bis gegen Mittag anhaltend. Nachm. gedöckerte Volkswolke, einzelne Comenulide. — Den 23.: Vormittag wechselnde Bewölkung. Nachmittags dünner Volkswolken, im Westen Volkswolken. Das Tagesmittel der Wärme war am 22. um 1.1° unter, am 23. um 1.4 über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Reismayr.

Börsenbericht.

Wien, 21. Februar. Die günstige Tendenz war besonders für 5procentige Metalliques und Vose vorherrschend, die namhafte Steigerungen erfuhrten. Industrieactien behaupteten sich ebenfalls zur festeren Notiz. Devisen und Valuten aber wurden neuerdings zu weichenden Curven abgegeben. Geld abundant. Geschäft unerheblich.

Large financial table with columns: Public Debt, Gold, Silver, Exchange, etc. Includes sub-tables for Public Debt (A. des Staates), Gold/Silver, Exchange, and various bank/stock prices.